



Stellungnahme des Vereins für Antirassistische und Friedenspolitische Initiative (Dar al Janub) zum „Peham-Papier“ des DÖW

In dieser Stellungnahme werden wir zunächst in einem kurzen ersten Teil unsere allgemeine Einschätzung der Methode und Funktionsweise von Verleumdungen und Antisemitismus-Vorwürfen am Beispiel des historischen Kontextes zur Bekämpfung der Black Panther in den 1960 und 1970er Jahren anreißen. Dieser Teil kann nur eine erste, unvollständige Kurzanalyse darstellen, die einer weiteren Vertiefung bedürfte. In einem zweiten Teil werden wir auf die konkreten Verleumdung gegen den Verein Dar al Janub eingehen.

Vorbemerkung: Diese Stellungnahme wurde im Zuge des Tauziehens rund um die Veranstaltung „BORN IN THE STORM TO BECOME A BLACK PANTHER - The life story of Dhoruba al-Mujahid bin Wahad told by himself“ zwischen 10. und 22.Juni 2018 verfasst. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das im Text mehrfach erwähnte „Dossier“ oder „Papier“ von Andreas Peham (im Namen des DÖW) nur an bestimmte Personen unter Ausschluss der Öffentlichkeit versendet, um der Aufforderung von Frau Lena Köhler von der ÖH Uni Wien und Herrn Benjamin Hess von der JÖH die Veranstaltungsreihe abzusagen, Nachdruck zu verleihen. Am 27.06.2018 erschien auf der Website des DÖW nun endlich ein Teil des bisher unveröffentlichte, „geheime“ Peham-„Dossier“ mit seinen diffusen Vorwürfen und Konstruktionen. Die an KooperationspartnerInnen versendete Version beinhaltet im Unterschied zu der nun veröffentlichten Version außerdem Bezüge und „Einschätzungen“ zur weltweiten BDS-Bewegung sowie weitere Details, die Herr Peham aus unerfindlichen Gründen nun nicht veröffentlicht hat. In unserer Stellungnahme gehen wir daher auch auf diese nicht-veröffentlichten Passagen ein. Ergänzungen und Anmerkungen zu der am 27.06.2018 veröffentlichten Version daher am Ende der Stellungnahme. Bei einem Wiederaufruf der Online-Version auf der Seite des DÖWs kurz vor Veröffentlichung dieser Stellungnahme am 5.7.2018 mussten wir eine erneute leichte Abänderung des Peham-Textes feststellen. So schränkte die nun öffentliche Version beim letzten Satz die Ansichten des Verfassers ein: Hieß es zuvor noch „nach Ansicht des DÖWs“, so heißt es nach einem Update nun „nach Ansicht des Autors“. Beim Text von Andreas Peham gilt daher offenbar die Einschränkung „Änderungen vorbehalten“, Änderungen, auf die wir aber nicht laufend neu eingehen werden können. Unsere Stellungnahme orientiert sich daher an den bisher per E-Mail versendeten sowie der am 27.6.2017 veröffentlichten Letztfassung.

Teil 1

„Make Austria White Again“ – oder die politischen und historischen Kontinuitäten von COINTELPRO am Beispiel einer rassistischen Diffamierungs- und Dämonisierungskampagne im Zuge der Einladung des ehemaligen Black Panthers Dhoruba al Mujahid bin Wahad (DBW) nach Wien

“The white man, in his press, is going to identify me with hate.” - Malcolm X

Vorausschickend wollen wir in dieser politischen und strukturellen Einschätzung betonen, dass die Black Radical History im Allgemeinen und die jüngere Geschichte von Organisation der Black Panther und Black Liberation Army im Speziellen nicht annähernd etwas mit dem geringfügigen Beitrag des Vereins Dar al Janub in den letzten 15 Jahren zu tun hat. Die einen, nämlich die Black Panther (BPP) und die Black Liberation Army (BLA), haben sich mit unauslöschbarer Tinte in das Geschichtsbuch des Widerstandes im globalen Süden eingeschrieben und die Konsequenzen dafür getragen. Die anderen, wir als Verein, sind im besten Fall ChronistInnen, die aus gesicherter Position im privilegierten Norden, Widersprüche ansprechen, die entweder nicht gehört werden wollen oder durch Verleumdung nicht gehört werden sollen. Nicht mehr und nicht weniger. Dazwischen liegt ein enormer Graben an politischer Geschichte. Diesen Graben mit geballter Faust, Marx T-Shirt und Bengalo zu negieren, ist eine Anmaßung. Wir sind nicht stolz auf unsere Beschränkungen, sondern müssen sie als Faktum akzeptieren.

Was wir hier zu analysieren versuchen, ist, wie in den letzten 40 Jahren ein repressiver und systemstabilisierender Diskurs im öffentlichen Raum der Länder des globalen Nordens von einer marginalisierten Position zu einem Mainstream geworden ist. Konnten damals rechte und rechtsradikale Kampagnen nur mit Hilfe der Intervention von Geheimpolizei wie dem FBI erfolgreich in die öffentliche Debatte hineinwirken, so ist heute eine solche Intervention wie COINTELPRO (1) nicht mehr nötig. Einerseits, weil die Überwachungsmaßnahmen mittlerweile legal(isiert worden) sind. Andererseits, weil die Dominanzgesellschaft in ihrer Mehrheit rassistische Bilder produziert und reproduziert – unwidersprochen und viel wichtiger: ohne dabei rechts oder rechtsradikal zu erscheinen.

Außerdem geht es in diesem Text um die lange Tradition der Antisemitismus-Unterstellung als politisches Instrument, um politische Gruppen, Personen und Meinungen zu diskreditieren. Und dies vor allem, weil jede Solidarität mit Kämpfenden im globalen Süden und insbesondere eine Solidarität mit dem Dekolonisierungsprozess im Interesse der Hegemonie des globalen Nordens unterbunden werden muss. Dies erfolgt in einer simple Umkehr: die PalästinenserInnen seien heute eine moderne Form der Nazis und der europäische Siedlerstaat Israel ein antifaschistisches, emanzipatorisches Projekt.

Im Zuge der Diffamierungskampagne rund um die Einladung von Dhoruba al Mujahid bin Wahad nach Wien vom 21.-25.06.2018, haben wir unseren Gast umgehend über die Entwicklungen hier in Österreich informiert. Die anfangs nur uns als Organisator und Gastgeber – den Verein Dar al Janub – betreffende Verleumdungskampagne, bekam durch die Intervention der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) eine weitere Dimension, in der Dhoruba al Mujahid bin Wahad direkt und die BPP und BLA als geschichtliche Organisationen angegriffen wurden.

Dhoruba bin Wahad und sein Anwalt reagierten gelassen, betonten allerdings, dass dieses Vorgehen von ÖH, JÖH und IKG in ihrer Methodik die Handschrift von COINTELPRO trägt. Um hier nicht etwas künstlich aufzubauschen und in den Dunst einer Verschwörungstheorie zu kommen, muss betont werden, dass nach dem geheimen Krieg des FBI in den 1960er und 1970er Jahren und ihrem endgültigen Sieg 1990 heute kein COINTELPRO Programm mehr existiert. Warum nicht? Schlicht und einfach weil es keinen Grund dafür gibt und weil alle Überwachungsmaßnahmen die damals noch

illegal und geheim waren heute legale staatliche Instrumente sind. Heute ist bekannt, dass die Revolutionäre El Hajj Malik el-Shabazz (Malcolm X) und Dr. Martin Luther King auf den Todeslisten des FBI standen.

Das geheime Regierungsprogramm COINTELPRO des FBI hatte damals zum Ziel, politische Organisierung, die zentrale Widersprüche in der Gesellschaft öffnet, zu stören und letztendlich zu zerschlagen. Dank der mutigen AktivistInnen, die am 08. März 1970 aus einer Dienststelle des FBI in Media/ Philadelphia Teile der geheimen COINTELPRO Akten entwendeten und der akribischen Arbeit von Anwälten wie Robert Boyle und Elizabeth Fink, konnte das geheime Programm an die Öffentlichkeit gebracht werden. Den betroffenen schwarzen und First Nation AktivistInnen, die für Jahrzehnte in US-Gefängnissen versenkt oder hingerichtet wurden oder heute noch politische Gefangene der USA sind, hätte man ohne diese Enthüllungen wohl nie geglaubt, dass solch ein Komplott je existiert hätte.

Dhoruba bin Wahad hat aufgrund seiner politischen und organisierten Geschichte sofort realisiert, worum es dabei geht und zwei wesentliche Ziele dieser aktuellen Diffamierungen hervorgehoben:

1. Die Unterbindung von Solidarisierung und bei beginnenden Formen von Solidarisierung die Endsolidarisierung zu erwirken
2. Den Versuch, einen Keil zwischen ihm als Vortragenden und uns als Veranstalter zu treiben. Um die historischen Kontinuitäten aufzuzeigen, hat er Papiere des FBI mit uns diskutiert, die in den 1960er Jahren genau dort angesetzt haben, wo heute methodisch „weiße“ Institutionen wie DÖW, IKG, ÖH und JÖH ansetzen. Der große und bedeutende Unterschied - und letztendlich die nachhaltige Wirkung eines geheimen Polizeiprogramms von damals - ist deren Übernahme durch eine enorm nach rechts gerückte Zivilgesellschaft, die reaktionären und rassistischen Institutionen blind vertraut.

Das Besondere an den FBI Papieren, die sogenannten „Irving letters“ (2) und „Bernstein letters“ (3), ist neben der Methodik ebenso die inhaltliche Zielsetzung der Überführung der BPP als 1. „AntisemitInnen“ und 2. „Maoistische KommunistInnen“. Es darf in dieser Betrachtung nicht außer Acht gelassen werden, dass damals parallel zur öffentlichen Diffamierung auch ein militärischer Krieg gegen die Black Panther und andere geführt wurde.

„Irving Letters“:

Das Problem des FBI 1969 bestand darin, dass die BPP eine erfolgreiche Bündnispolitik mit anderen linken Gruppen und Organisationen etablierte. Eines dieser Bündnisse entwickelte sich mit der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA), die trotz ihrer sowjetischen Ausrichtung und trotz ihrer privilegierten, zumeist weißen Anhängerschaft andachte, das 10 Punkte Programm der BPP zu übernehmen.

Das FBI hatte ihre Dienststellen angewiesen, alle „antisemitischen“ Äußerungen der BPP AktivistInnen zu dokumentieren. In der weißen, eurozentristischen Analyse des FBI war „Antisemitismus“ die Unterstützung der Araber (!) im arabisch-israelischen Disput (!), wörtlich: „Black nationalist organizations and their sympathizers have supported the Arabs in the Arab-Israeli dispute on anti-Semitic grounds“. Diese Konstruktion wurde mit dem Argument untermauert, dass bei

Aufständen in den Ghettos der segregierten US-Städte, gezielt Geschäfte von jüdischen Besitzern angegriffen worden wären. Fakt hingegen ist, dass die Aufstände das weiße und nicht das jüdische Amerika zum Ziel hatten.

Um jegliche Unterstützung der BPP durch die CPUSA zu stören und letztendlich zu verhindern, sollte ein anonymes Schreiben namens „Irving“ erfunden werden und Briefe an einen Journalisten schreiben, der bereits offen war für rassistische Unterstellungen gegen die BPP. Dieser Journalist sollte diese „Informationen“ dann permanent streuen. Das FBI hat den New York Times Journalisten Peter Khiss dafür auserkoren. Die „freundschaftliche“ Kommunikation zwischen dem erfundenen „Irving“ und dem realen Khiss lautete dann so:

„I know you probably can't publish something on this now without some documents which I hope I can get after the 19th National Convention which will start at the Tower Hotel in Brooklyn the last day of this month, but don't try to come yourself because it is private since they don't want to throw out P. Neveck in a public ceremony.

I am happy to tell you your article had a good effect, but I am afraid it may not be good enough. It made them think a lot, and they will behave much more properly if they know the eyes of the world are on them.

I sign my name, Irving”

Das FBI intervenierte mit dem anonymen „Irving“ und dem sichtbaren Khiss in die Debatten der verschiedenen Flügel der CPUSA. Mit der Warnung vor einem „extremen Antisemitismus“ (der nicht definiert wurde) und der Schaffung eines neuen Gespenstes, dem Maoismus, konnte man eine über die Jahre verunsicherte, organisierte Linke weiter in ihren eigenen eurozentrischen Rassismen unterstützen.

„Bernstein letters“:

Eine weitere Sorge bereitete dem FBI Anfang der 1970er Jahre die zunehmende Solidarisierung liberaler, bürgerlicher Kreise mit schwarzen AktivistInnen und der BPP, die im Zuge der Repression Opfer von Hinrichtungen, Überfällen und Gefangennahmen durch die US Behörden wurden. Der weltberühmte Komponist, Dirigent und Pianist Leonard Bernstein hat aus seinem universalen Humanismus-Verständnis seine Bekanntheit dafür genutzt, auf privaten Cocktail-Partys Geld zu sammeln, um schwarze organisierte AktivistInnen zu unterstützen. Diese Form der Solidarität war für das FBI eine Horrorvorstellung, denn letztendlich würden damit die legitimen, aber marginalisierten Forderungen der BPP und anderer Organisierter in die Mitte der Gesellschaft getragen werden.

Daher wurden Personen, die an den Fundraising-Partys von Leonard Bernstein teilnahmen, angeschrieben. Da in den bürgerlich-liberalen Demokratien direkte staatliche Intervention zu autoritär wirken und nicht die gewünschte Wirkung erzielen würden, bediente sich das FBI der halblegalen zionistischen Terrorgruppe „Jewish Defense League“ (JDL). Die JDL schrieb Briefe an die Gäste Bernsteins, die zum einen Informationen über den „antisemitischen“ (=antijüdischen)

Charakter der BPP informieren sollten, und zum anderen mit einem drohenden Unterton einschüchtern wollten („We know who you are“).

So lautet z.B. einer dieser Briefe:

„I do not think you are aware of the activities of the Panther when it comes to expressing their attitudes toward our beloved State of Israel.“

(...)

“We Jews have fought too long and too hard to let ourselves be destroyed from within by a group of well meaning but foolish people who give aid and comfort to our enemies“.

Mitglied der Jewish Defense League (Name wurde in den FBI Unterlagen geschwärzt)

Dhoruba bin Wahad ließ uns über seinen Anwalt diese Dokumente zukommen, weil er diese politische Handschrift in der aktuellen Verhinderung seines Vortrags und der jahrelangen öffentlichen Diffamierung gegen Dar al Janub wiederfindet.

Wir möchten noch einmal betonen, dass wir uns nicht im Geringsten anmaßen zu glauben, diese Bedeutung zu haben, dass eine Abteilung einer staatlichen Behörde zu einem Programm veranlassen würde, welches nur im Ansatz Ähnlichkeit mit COINTELPRO haben würde. Wir möchten allerdings die Normalisierung von Zensur, Repression und Dämonisierung im öffentlichen Raum westlicher „liberaler“ „Demokratien“ (siehe Democratic Fascism – DBW) thematisieren, die mit aller Macht Debatten unterbinden und Gruppen isolieren wollen (vgl. auch die Auflagen des Rektorats der Universität Wien für die Arbeitsgruppen, die Listen erstellen sollen).

Seit 15 Jahren wird das Dar al Janub von einer Diffamierungs- und Dämonisierungskampagne begleitet. Erstmals ist es uns gelungen, die bis vor einem Monat „geheimen“ Dossiers der DÖW in die Hände zu bekommen. Und erstmals hat ein gewisser öffentlicher Druck Herrn Peham (oder das DÖW) dazu gezwungen, dieses Pamphlet zu veröffentlichen (4). Hieß es noch in dem E-Mail (das via DÖW-Adresse über Frau Köhler von der ÖH Uni Wien an das Institut für Afrikawissenschaften weitergeleitet wurde) vor der Veranstaltung noch, es handle sich um eine „Einschätzung des DÖW zu Dar al Janub“, heißt es nun in der veröffentlichten Version nur noch: „Einschätzung von Andreas Peham über das Dar al Janub“.

Eine beständige Parallele bleibt der „Antisemitismus“-Vorwurf gegen Palästina-solidarische Gruppen, der jetzt in den nächsten Jahren wohl über die politische „Entdifferenzierung“ auch juristisch verfolgbar gemacht werden soll. Bemerkenswert ist, dass das DÖW/Peham-„Dossier“, aber auch andere Personen dieser Kampagne es (vorläufig) aufgegeben haben, uns des „Islamismus“ zu bezichtigen. Dieser Vorwurf wurde noch vor ein paar Jahren ständig bemüht und mit Begriffen wie „islamistischer Verein“ oder „Nähe zu/in Verbindung mit/ Freunde von Muslimbruderschaft“ (siehe dazu auch das Buch von Thomas Schmidinger/Dunja Larise „Zwischen Gottesstaat und Demokratie Handbuch des politischen Islam“ und die Kritik von Univ.-Prof. Dr.Lohlker) ausgeschmückt.

Dieser Vorwurf wurde offenbar vorläufig völlig fallengelassen und aufgegeben, weil sowohl Herr Peham (das DÖW) sowie weitere führende Personen der Diffamierungskampagne vehement und mit gewissem Erfolg ihre zionistische und rassistische Politik in bestimmten Segmenten von MuslimInnen

in Österreich zu etablieren suchen. Zudem ist der Kampfbegriff „politischer Islam“ bereits von FPÖ und anderen rechten und rechtsextremen Formationen „besetzt“. Da erscheint es offenbar kontraproduktiv und nicht mehr opportun, wenn man andere Muslime oder als solche „Markierte“ mit denselben rassistischen und islamfeindlichen Slogans konfrontiert, wie Strache, unzensuriert.at (5), Wilders oder LePen es tun.

Wir wollen die letzten Worte dieses Teils nicht irgendwelchen reaktionären Hetzern überlassen, über die wir gezwungen sind zu schreiben und zitieren deshalb den großen George Jackson - Field Marshall der BPP ermordet von Wärtern im Knast:

„Ich bin tieftraurig, dass ich je gelogen, gestohlen und betrogen habe – hauptsächlich, weil es so sehr westlichen Methoden entspricht.“

Teil 2

„Peham Letters“:

Seit rund 15 Jahren arbeitet der Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative rund um die Themenkomplexe globaler Nord-Süd-„Konflikt“, Anti/Kolonialismus, Rassismus/Antirassismus, „Entwicklungs“-Zusammenarbeit und „Integration“. In diesen 15 Jahren haben wir als AktivistInnen of Colour, AktivistInnen mit und ohne Migrationshintergrund - an Anti-Kriegs- und Solidaritäts-Kundgebungen und –Demonstrationen teilgenommen oder selbst welche organisiert und dazu aufgerufen. Wir haben Konferenzen, Symposien und Podiumsdiskussionen mit zum Teil renommierten ExpertInnen, WissenschaftlerInnen und internationalen AktivistInnen organisiert, Workshops, Live-Berichte und –Telefoninterviews aus Kriegsgebieten, Deutschkurse für MigrantInnen, sowie (bei aller grundsätzlicher Kritik an der NGOisierung des zivilgesellschaftlich-politischen Engagements) auch NGO-Projekte und Soforthilfemaßnahmen in Ländern des globalen Südens.

Da in unserer Arbeit auch und natürlich auch Palästina und der sogenannte „Israelisch-palästinensische Konflikt“ ein wichtiger Schwerpunkt ist, waren wir von Anfang an mit den spezifisch in West/Mittel-Europa auftauchenden Problematiken konfrontiert: Einer (sich mehr oder weniger als „revolutionär“ verstehenden) Linken, die entweder nicht den Mut oder das Interesse hatte, sich im internationalistischen Sinne mit dem sogenannten „Nahostkonflikt“ zu beschäftigen oder zumindest darin einen klaren (Klassen-)Standpunkt einzunehmen. Einer Linken, die durch die in den 1990er Jahre entstandene Strömung der sogenannten „Antideutschen“ und ihrer zunächst noch nachvollziehbaren Kritik am wiedervereinten, zunehmend imperialen Deutschland, bald einen sehr merkwürdigen, analytisch höchst fragwürdigen und verkürzten Faschismus/Antifaschismus-Begriff entwickelte und mit ihrer losgelösten Antisemitismus-Definition zu einer „bedingungslosen Solidarität“ mit Israel aufrief. Wir waren in Folge mit den daraus und aus verschiedenen anderen Faktoren bedingten „Exkommunikationen“ aus der Linken konfrontiert, mit Anfeindungen und zunehmend dann auch mit Verleumdungen und Diffamierungen.

Viele linksliberale Institutionen, Organisationen und Gruppen hatten zugleich gar keinen spezifischen Standpunkt oder blieben zumindest aus einem „Objektivitätsanspruch“ heraus offen auch für palästina-solidarische Arbeit und Standpunkte. Das traf auf christliche Organisationen (Evangelische Akademie, Afroasiatisches Institut und andere) sowie studentische Basisgruppen und –fraktionen zu, auf parteinahe Stiftungen und Organisationen der Sozialdemokratie, der Grünen oder der KP.

Diese Offenheit und Aufgeschlossenheit mancher zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Organisationen zu „schließen“ und den zunehmenden Image-Verlust des repressiven Apartheidstaates Israel aufzufangen, wurde ab dem endgültigen Scheitern des sogenannten Osloer Friedensprozesses offenbar dringendste Aufgabe der „Antideutschen“ (6) sowie israelischer PR-KampagnenträgerInnen (beispielsweise der Österreichisch-Israelische Gesellschaft, der IKG und der Botschaft des Staates Israel, Stichwort: Brand-Israel-Kampagne).

Immer öfter begegneten uns in unserer Solidaritätsarbeit zu Palästina teils aggressive, teils latente Gegenkampagnen, die jegliche Palästina-Solidarität (und dann auch konsequenterweise unseren Verein) entweder als „antisemitisch“ brandmarkten, oder aber die angebliche „Einseitigkeit“ bestimmter Veranstaltungen anzuprangern suchten. Die bekannte palästinensische Aktivistin und Performance-Künstlerin Rafeef Ziadah beschrieb diese Vorgehensweise anhand zahlreicher Beispiele aus den USA treffend als „Polite Censorship“ oder auch „Zensur der Balance“: Die stets auftauchende, mehr oder weniger vehement eingeforderte Auflage, dass jede palästinensische oder auch israelische kritische Stimme im öffentlichen Raum mit einer regierungstreuen, pro-israelischen Gegenstimme ausbalanciert werden muss. Andernfalls wäre sie „einseitig“ und nicht „objektiv“. Übrigens wird diese Forderung umgekehrt nahezu nie eingehalten. So konnte die Israelische Botschaft – um nur ein beliebiges Beispiel herauszugreifen - am 31. Oktober 2014 in den Räumen der Universität Wien den Projekttag „Israel anders kennen-lernen“ veranstalten, einem Kooperationsprojekt zwischen der Universität Wien, dem Stadtschulrat Wien und der Israelischen Botschaft in Österreich, zu der Schülerinnen und Schüler ab der 11. Schulstufe eingeladen waren. Dort fehlte jeder „Ausgleich“ oder „Gegenstimme“, und wer sich die Mühe macht, das Programm dazu zu recherchieren, wird feststellen, dass es sich um eine israelische PR-Veranstaltung handelte. Es gibt in Wien einen Theodor-Herzl-Platz mit einer Zusatztafel zum „politischen Zionismus“, der einst feierlich eingeweiht wurde und eine Theodor-Herzl-Stiege mit einer Zusatztafel, die die „kühne Idee zur Gründung des Staates Israel“ lobend erwähnt. Es gibt keinen Nakba-Platz und keine Nakba-Stiege, die zumindest in einer Fußnote erwähnt, dass rund 750.000 PalästinenserInnen im Zuge dieser „kühnen Idee“ vertrieben wurden und bis heute die „kühne Idee“ Ursache des sogenannten „Nahost-Konflikts“ ist.

Abwechselnd versuchten kleine Studentenfraktionen (bzw. der ÖH Vorstand Wien, bestehend aus Koalitionen von vorgeblich „linken“ Studentenfraktionen), kurzlebige, sogenannte autonome Antifa-Gruppen, die Österreichisch-Israelischen Gesellschaft oder die israelische Botschaft selbst zu intervenieren (7).

Sehr oft war für einen Rückzug eines möglichen Gastgebers bzw. eines Kooperationspartners einer Dar-al-Janub-Veranstaltung die direkte „diplomatische Erpressung“ (z.B. die Androhung eines Dialogabbruch entscheidender Instanzen, sollte die Kooperation mit uns fortgesetzt werden bzw. keine Distanzierung erfolgen, siehe (8)). Sehr oft tauchte vor allem auch ein angebliches „Dossier“ des angesehenen Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) über unseren

Verein auf. Dieses „Dossier“ aber war offenbar „geheim“, auf der Website des DÖWs konnte man in den Jahren nichts dazu finden. Die abspringenden KooperationspartnerInnen wagten jedoch auch nicht, uns dieses „Dossier“ zuzusenden. Somit war uns bisher jede Möglichkeit verwehrt, auf den Inhalt dieses „Dossier“ einzugehen oder darauf zu reagieren.

Wir waren offen gestanden sehr überrascht, als wir das „Dossier“ von – um die ÖH-Vorsitzende Frau Lena Köhler in der jüngsten Kampagne gegen Dhoruba bin Wahad zu zitieren – „einer der angesehensten Organisationen Österreichs“ erhielten. Eine derartig dürftige Recherche, eine so schlecht zusammengestoppelte Argumentationskette kann wohl kaum als valides Dokument des DÖWs betrachtet werden. Umso verständlicher erschien es uns nun, weshalb dieses „Dossier“ bisher so nur „unter der Hand“ weitergereicht wurde und wir bisher noch nie direkt vom DÖW mit diesem Papier konfrontiert wurden. Es entspricht nicht im Geringsten der ansonsten akribischen Datensammelarbeit und der wissenschaftlichen Arbeit des DÖW.

Wir möchten an dieser Stelle nicht falsch verstanden werden: Wir erachten die Arbeit des DÖWs für sehr wichtig und wertvoll bei der Heranbildung der bürgerlich-demokratischen Zivilgesellschaft der 2. Republik, der Dokumentation rechtsextremer Strukturen auch nach 1945, und die Handbücher des Rechtsextremismus waren für viele von uns ein wichtiges Nachschlagewerk bei der politischen Antifa-Arbeit (als die Antifa noch einen klaren, analytischen Faschismusbegriff hatte). Leider scheinen die Bemühungen des DÖWs dennoch nicht verhindert zu haben, dass wir heute mit einer Bundesregierung konfrontiert sind, deren tiefe Verankerung im rechten und rechtsextremen Milieu kaum zu leugnen ist. Und die im Übrigen noch mehr und noch offener ihre Nähe zur israelischen Regierung und der regierenden Rechtsextremen in Israel demonstriert, als dies je eine österreichische Regierung der 2. Republik tat.

Allerdings mussten wir beobachten, dass Fraktionen des DÖWs sich unserer Einschätzung nach in eine Richtung entwickelt haben, die daraus resultieren, dass die erste Generation der sogenannten „Antideutschen“ zu (mehr oder weniger) wissenschaftlichen MitarbeiterInnen innerhalb des DÖWs aufgestiegen sind und im DÖW offenbar Einfluss gewonnen haben. Diese Beobachtung stellte auch Robert Misik fest, als er schon 2006 schrieb, dass „auch das bisher renommierte Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ein bisschen (von den „Antideutschen“) angesteckt“ wäre. Wir lehnen uns mal ebenso weit aus dem Fenster, wie dieses „Dossier“ und mutmaßen ähnlich spekulativ:

Andreas Peham, ein ehemaliger Antifa-Aktivist der später zunehmend „antideutschen“ Strömung, arbeitete ursprünglich als Zivildienstler im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes. Unseres Wissens nach hat Herr Peham keinen Hochschulabschluss oder eine abgeschlossene akademische Ausbildung genossen. Aus der Logik der Antifa kommend, schrieb er später immer öfter unter dem Decknamen „Heribert Schiedel“ oder auch „Dr. Heribert Schiedel“ für das DÖW. Der fälschlich geführte Dokortitel bereitete ihm später einige Schwierigkeiten und führte zu einer parlamentarischen Anfrage rechtsextremer Parlamentarier, weshalb er später bei der Nutzung seines Alias-Namens auf den Dokortitel verzichtet (9). Um auch hier nicht missverstanden zu werden: Andreas Peham mag sich Doktor, Master, Experte, Kenner oder sonst wie nennen, uns ist das herzlich egal. In der Alpenrepublik verschafft ein Dokortitel aber eine gewisse „Autorität“, die Peham offenbar nutzen wollte, um seinen Ansichten Gewicht zu verleihen. Im Zuge seiner Tätigkeiten als Datensammler des DÖW deckte Peham immer öfter nicht nur tatsächliche rechtsextreme Strukturen

auf, sondern griff auch vermeintlichen Antisemitismus innerhalb linker Gruppen und Organisationen an – basierend auf einem Antisemitismus-Begriff, der vornehmlich den Staat und die Regierung Israels gegen Kritik immunisieren sollte. Dieses spezifisch „antideutsche“ Vorgehen ist innerhalb der linken Debatte inzwischen bekannt und führt in Deutschland bereits zu einer offenen Annäherung an die rechtsextreme AfD. Offen bleibt für uns die Frage, ob Peham im Alleingang arbeitet, oder ob auch tatsächlich das gesamte DÖW hinter solchen Arbeitsweisen steht. Letzteres wäre sehr bedauerlich.

Im Regelfall würde wohl keine Organisation auf eine solch dünne Beweisführung, wie sie das „DÖW-Dossier“ offenlegt, reagieren. Da es sich beim DÖW aber um eine seriöse Institution handelt, das „Dossier“ uns in unserem konkreten Fall mit einer Reihe von fadenscheinigen, plumpen, zugleich aber auswirkungsreichen Vorwürfen konfrontiert, haben wir uns entschlossen, auf einige dieser „Argumentationsstränge“ einzugehen. Eine Anfrage an den Vorstand des DÖWs, ob dieses „Peham-Papier“ den offiziellen Standpunkt des DÖWs oder nur die private Meinung des Herrn Peham repräsentiert, ist bisher noch unbeantwortet.

Wir möchten dennoch an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wir nicht mit Sicherheit sagen können, ob diese Papiere tatsächlich offizielle Dokumente des DÖWs sind, da sie als solche niemals veröffentlicht (siehe Vorbemerkung oben), sondern nur per E-Mail an ausgesuchte KooperationspartnerInnen oder JournalistInnen versendet wurden. Es gilt daher – bis zum offiziellen Bekennen dazu – dass es sich um ein unbestätigtes DÖW-Papier des Herrn Andreas Peham handelt.

1. zum BDS-Papier des DÖWs (wir maßen uns als Verein Dar al Janub dabei nicht an, für die internationale oder auch nur lokale BDS-Kampagne zu sprechen. Ob es die VerfasserInnen solcher „Dossiers“ wahrhaben wollen oder nicht: BDS und damit auch die lokale BDS Austria Kampagne ist eine selbständige Graswurzelbewegung, für die wir als Verein weder sprechen dürfen, noch können; wir wollen an dieser Stelle nur unsere Ansichten als BDS-befürwortender Verein dazu darlegen).

a. Zu Beginn des DÖW-„Dossiers“ wird einschränkend festgestellt, dass zu „personellen und organisatorischen Kontinuitäten“ zwischen einer „Sedunia“ und BDS „keine Aussage getroffen werden“ sollen. Weshalb denn das nicht? Darauf bauen die Vorwürfe der VerfasserInnen dieses „Dossiers“ in der weiteren Konstruktion der Argumentation zu Dar al Janub auf. Wir beantworten diese Merkwürdigkeit für uns wie folgt: Weil es keine gibt und die „Dossier“-VerfasserInnen dies gerne eingangs unterstellen und suggerieren wollen, zugleich aber den „Nachweis“ schuldig bleiben müssen.

b. Das angebliche DÖW-Papier rekurriert dann gerade für die Beweisführung eines vermeintlichen Antisemitismus bei BDS oder einer „illegitimen Kritik an Israel“ auf den - vorsichtig formuliert - umstrittenen 3D Test des israelischen, rechtsradikalen Politikers und mehrfachen Ministers Natan Scharansky, der zuvor Bürger der Sowjetunion war und später eine politische Karriere in Israel machte. Von März 2003 bis Mai 2005 war er israelischer Minister ohne Geschäftsbereich, verantwortlich für Jerusalem, „Diasporaangelegenheiten“. In dieser Position leitete Sharansky einen geheimen Ausschuss, der die Konfiszierung von Ost-Jerusalem sowie Eigentum der PalästinenserInnen in der Westbank genehmigte (10). Diese Entscheidung musste nach einem Aufschrei der israelischen Linken und der internationalen Gemeinschaft zurückgenommen werden.

Scharansky trat aus Protest gegen die taktische Räumung völkerrechtswidriger Siedlungen durch den rechtsextremen Premierminister Ariel Sharon als Minister zurück. Das gibt einen ersten Eindruck von seiner politischen Position und seiner politischen Neutralität. Als ehemaliger Bauminister gehört er zudem zu den Architekten der israelischen Siedlungspolitik, so wie sie heute ist. Selbst der von Donald Trump zum stellvertretenden „Sekretär für Bürgerrechte“ des US-Bildungsministeriums ernannte (und zuvor schon von George W. Bush zum stellvertretenden Minister für einen ähnlichen Posten berufene) Rechtsanwalt und Staatsbedienstete Kenneth L. Marcus lobt zwar Scharanskys 3D-Test grundsätzlich, kritisiert zugleich aber auch Verhalten dessen wissenschaftliche und staatliche Anwendbarkeit (11). Als vertiefende Lektüre zu den 3Ds sei der Artikel des ehemaligen Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland und ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein, Rolf Verleger empfohlen, erschienen 2014 in „The European“ (<https://bit.ly/2JICO93>).

c. Das „Dossier“ nimmt hier den Wunsch israelischer Regierungsbestrebungen vorweg, diesen „3D-Test“ außerhalb Israels als politisch-juristisches Instrument zu nutzen, um Kritik an der israelischen Politik zu kriminalisieren. Da dies auf europäischer Ebene – trotz langjährigem, politischen Tauziehen – bislang nicht funktioniert hat, bleibt dieser Test für wissenschaftliche und politische Debatten ein nützliches, populistisches Instrument, um eine Deutungshoheit zu erlangen und Menschenrechtsarbeit zu Palästina zu dämonisieren, zu delegitimieren und Doppelstandards in Bezug auf palästinensische Menschenrechte zu etablieren. Ähnliche Problematik weist übrigens auch die in solchen Zusammenhängen wiederholte Behauptung auf, die die „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ gerne als offizielle Definitionen der EUMC (Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit) oder der IHRA (Internationalen Allianz für Holocaustgedenken) darstellt. Die in diesen „Arbeitsdefinitionen“ reklamierte Definition von Antisemitismus wurde von der EU-Grundrechteagentur (Fundamental Rights Agency FRA) bereits abgelehnt. Diese „Arbeitsdefinition“ möchte festlegen, dass nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern auch der Staat Israel Ziel des Antisemitismus sein könne. Die EU hat weder die sogenannte „EUMC-Arbeitsdefinition“ noch die Definition der IHRA übernommen (12).

d. Einen politisch begründeten Protest des österreichischen Teils der internationalen BDS-Kampagne gegen eine israelische Wissenschaftlerin (Anita Shapira) mit dem Beisatz „Holocaustüberlebende“ moralisch zu delegitimieren, ist methodisch höchst fragwürdig, da – nur um ein Beispiel von vielen zu nennen - die mittlerweile verstorbene Holocaustüberlebende und Menschenrechtsaktivistin Hedy Epstein (zuletzt auch bei #Blacklivesmatters aktiv) 2016 von ähnlichen politischen Interessensgruppen solange diffamiert wurde, bis ihre Einladung zum Weltfrauentag am 8. März im österreichischen Parlament wieder abgesagt werden musste. Der DÖW-Mitarbeiter Andreas Peham wiederum – um ein zweites Beispiel zu nennen - beteiligte sich an einer Unterschriftenkampagne gegen den nach Wien eingeladenen Menschenrechtsaktivisten und Nachfahren von Holocaustüberlebenden Ofer Neiman, weil dieser zugleich israelischer BDS-Aktivist ist. Hier werden nicht nur doppelte Standards angelegt, je nachdem, wie „politisch passend“ es erscheint, jemanden als Überlebenden zu titulieren (und wann nicht). Wir erachten es darüber hinaus als eine wirklich unwürdige und die Opfer der Shoa sowie des NS-Massenmords verhöhnende, politische Methode, den millionenfachen Mord für politische Zwecke und Interessen zu instrumentalisieren.

e. Auch der in dem angeblichen DÖW-„Dossier“ erwähnte Vorfall mit den bosnischen Fußballfans/Hooligans demonstriert die unseriöse Methode der Dämonisierung von BDS: Hier wird bewusst und systematisch nur die halbe Geschichte und nur ein Teil einer Wahrheit erzählt. Es entspricht den Tatsachen und wurde von der BDS Gruppe dargelegt (13), dass auf einer BDS (!) Kundgebung am Stephansplatz bosnische Fußballfans antijüdische und antisemitische Parolen gerufen hatten. An jenem Tag fand zufällig ein Länderspiel statt, bei dem bosnische Fans/Hooligans in Wien durch die Straßen zogen und sich spontan dazu berechtigt fühlten, an einer Kundgebung von BDS teilzunehmen. Wer schon einmal eine Kundgebung oder Demonstration angemeldet und durchgeführt hat, weiß, dass die Teilnahme von Personen schlecht oder nur sehr begrenzt von den VersammlungsleiterInnen kontrolliert werden kann. Zum Wohl bewusst weggelassen oder aber für eine wissenschaftliche Institution sträflich schlecht recherchierten Teil des besagten Vorfalls gehört die Tatsache, dass sofort und unverzüglich nachdem den AnmeldeInnen durch eine Übersetzung bekannt wurde, was dort auf Bosnisch (!) gerufen wurde, von den AnmeldeInnen (also von den verantwortlichen BDS-AktivistInnen) bei der Polizei unverzüglich Anzeige gegen Unbekannt wegen Verdachts auf Verhetzung, § 283 STGB, erstattet und das Videodokument zur Ermittlung und Strafverfolgung ausgehändigt wurde. Diese Tatsache ist aktenkundig.

f. Seriöse Arbeit von den VerfasserInnen des angeblichen DÖW-„Dossiers“ wäre es, wenn diese nicht nur einen Satz aus der Facebook-Debatte mit Doron Rabinovici herausgreifen und neu kontextualisieren, sondern auch zum kompletten Verlauf der Facebook Debatte mit Doron Rabinovici Stellung beziehen würden. Einen Satz aus einer längeren Debatte herauszureißen und (bewusst) den restlichen Verlauf und den Kontext zu verstümmeln, um anhand eines Satzes eine „friedensfeindliche“ (damit wohl gewaltvolle Lösung anstrebende?) Haltung zu konstruieren, ist mehr als gewagt; es ist unseriös. Die gesamte Debatte hat die BDS-Gruppe auf Facebook und auf ihrer Website dokumentiert (<https://bit.ly/2LZtVEK>).

Dass im Übrigen heute der sogenannte Osloer Friedensprozess von allen Seiten als gescheitert angesehen wird – nicht nur von AktivistInnen von BDS – ist bekannt. Der weltbekannte US-amerikanische Literaturtheoretiker und -kritiker und Mitgründer der Postkolonialen Theorie, Edward Said lehnte den „Friedensprozess“ noch während der Entstehungsphase aus nachvollziehbaren Gründen ab. Die zum „Osloer Prozess“ gehörigen „Pariser Protokolle“ über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiebehörden beispielsweise, bezeichnete sogar der spätere israelische Außenminister Schlomo Ben Ami als „eine Zementierung der kolonialen Beziehungen“.

Wir fänden es im Übrigen auch sehr spannend die Visionen von Herrn Rabinovici zu debattieren. In seinem jüngsten fiktiven Briefwechsel-Roman zwischen ihm, Natan Sznajder und dem wiederauferstandenen Theodor Herzl visioniert sein Mitautor Sznajder eine Lösung, die er "liberalen Ungleichheit" gegenüber den PalästinenserInnen nennt. Spannende Begriffskreation. Dafür kann aber – das möchten wir betonen – Doron Rabinovici als Mitautor natürlich nichts, umso spannender wäre die Debatte.

Zur Konstruktionskette „Sedunia“ & Neonazismus und Dar al Janub

g. Eine Frage taucht beim Lesen des „Dossiers“ auf: Das DÖW hat dankenswerterweise bezahlte Angestellte, um rechtsextreme Strukturen in Österreich aufzuspüren, zu dokumentieren (!), Öffentlichkeit für die Bekämpfung zu schaffen und gegebenenfalls strafrechtliche Verfolgung einzuleiten. Dass das trotz jahrzehntelanger Arbeit dennoch nicht eine Regierungsbeteiligung rechter und rechtsextremer Parteistrukturen verhindert hat, kann man dem DÖW nicht anlasten. Für ein Dokumentationsarchiv sind allerdings solche vorliegenden Papiere erschreckend seicht, schlecht recherchiert, noch schlechter dokumentiert, ohne entscheidende Quellen, Links, Bilder und Dokumente. Beträfe es nicht unmittelbar uns und unsere ehrenamtliche und gänzlich unbezahlte Arbeit (und in weiterer Instanz - viel wichtiger - die Menschenrechte Anderer, in dem Fall der PalästinenserInnen und nach der jüngsten ÖH-Affäre auch Black radical activists), würden wir diese lose Anhäufung von Behauptungen, Zusammenstellungen und lieblos zusammengewürfelten Argumentationssträngen für eine der „anerkanntesten Organisation Österreichs“ nur als bedenklich für die Reputation des DÖWs erachten und ihr keine weitere Aufmerksamkeit schenken. Da es aber uns, unsere Arbeit und unseren Ruf unmittelbar betrifft und wir uns seit Jahren immer wieder, und mit den immer gleichen stur wiederholten, gegen alle Gegenargumente immunen und tauben Unterstellungen beschäftigen müssen, stellen wir uns doch die Frage, weshalb eine derart wild zusammengestoppelte Argumentationskette auf eingeschüchtertes Kopfnicken stoßen kann.

h. „Störtebeker“, „Wikingerversand“ und weiß der Teufel was für Drecks-Naziseiten es gibt, die jemals etwas von irgendwem verlinkt haben sollen: An dieser Stelle wäre es wichtig und eigentlich Aufgabe eines Dokumentationsarchivs konkrete Quellen anzubringen und IP Adressen zu nennen, damit diese Seiten entsprechend geahndet und gerichtlich verfolgt werden können. Vor allem aber, damit solche Behauptungen nicht den Geruch billiger Unterstellungen haben.

Ebenso wären Tondokumente, genaues Datum, Uhrzeit und Anmelder der inkriminierten Kundgebung(en?) interessant, von denen das „Dossier“ behauptet, antisemitische Parolen gesehen oder gehört zu haben. Schon allein um nach Möglichkeit herausfinden zu können, wie sich tatsächliche oder vermeintlich antisemitische Aussagen zugetragen haben und gegebenenfalls zu ahnden. In der Bundesrepublik Deutschland sind seriöse JournalistInnen solchen Behauptungen nachgegangen, nachdem diverse Boulevard-Blätter von „Mordaufrufen gegen Jüdinnen und Juden“ anlässlich der Demonstrationen gegen Donald Trumps „Jerusalem-Annexion“ titelten und stellten fest, dass keine Belege dafür zu finden waren (14).

Eines steht für uns als Dar al Janub mit seiner 15 jährigen Praxis bei Kundgebungen, Konferenzen, Stellungnahmen, Workshops und NGO Projekten fest: Wenn uns rassistisches oder antisemitisches Verhalten irgendwo in unserer Umgebung oder unserem Wirkungskreis zu Ohren kam, sind wir rigoros dagegen vorgegangen. Nicht etwa aus Kalkül, wie uns in einem nächsten Schritt von solchen „Dossier“-VerfasserInnen womöglich wieder vorgehalten werden würde, sondern weil wir jedwedes rassistisches und antisemitisches Gedankengut strikt, aus Prinzip und als raison d'être unseres Vereins und unseres politischen Bemühens ablehnen. Weshalb dokumentieren die VerfasserInnen solcher „Dossiers“ unter dem Namen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes nicht auf unserer (zugegebenermaßen aus Budgetmangel nicht sehr übersichtlichen) Homepage die angeblichen antisemitischen oder rassistischen, ja gar nazifaschistische Aussagen und Handlungen? Weshalb basieren alle inkriminierenden und rufschädigenden Behauptungen dieses „Dossiers“ auf

Hörensagen, Aussagen dritter und vierter, anonymer Personengruppen („auf einer Kundgebung“, angeblicher „Verbindungen“ zu angeblich „gewalttätiger Vorläufergruppen“, Zitaten von irgendwelchen Gruppierungen, von denen behauptet wird, sie seien direkte Vorfeldgruppen unseres Vereins)? Kurzum, wenn irgendetwas daran richtig und haltbar wäre, weshalb gab es und gibt es keinerlei behördliche Ermittlungen, wenigstens eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht, irgendeine Erwähnung bei ZARA? Irgendetwas halbwegs Seriöses?

Um auch hier nicht missverstanden und falsch zitiert zu werden, sei das eigentlich Selbstverständliche explizit betont: Wir erachten Antisemitismus wie jede Form von Rassismus sowie gruppenspezifische Diskriminierung aufgrund von Herkunft, „Abstammung“, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung als verachtens- und bekämpfenswertes Verbrechen gegen die Geschwisterlichkeit der Menschen. Verbrechen, die in der Geschichte – nicht zuletzt auch dieser dieses Landes – zu unbeschreiblichen Grauen, Massenmord und Krieg geführt haben.

Wenn auch der Staat auf dem rechten Auge immer noch blind zu sein scheint, so kann man diesen Vorwurf dem DÖW sicher nicht machen. Die VerfasserInnen des angeblichen DÖW-„Dossiers“ unterstellt dem Dar al Janub jedoch indirekt, offenbar seit Jahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit strafbare Handlung, kann oder will aber keinen Beweis in diesen 15 Jahren öffentlich erbringen. Politische Pamphlete im Internet beziehen sich in ihren Behauptungen wiederum auf angebliche Dokumentationen des DÖWs, doch wieder ohne Quelle. Alle Konferenzen, Symposien, Veranstaltungen des Dar al Janubs waren öffentlich, unsere Reden auf Kundgebungen oder sonstigen Veranstaltungen sind dokumentiert, aber nichts Konkretes davon findet sich irgendwo im offiziellen, öffentlichen Archiv des DÖW. Da müssen die VerfasserInnen des angeblichen DÖW-„Dossiers“ irgendwelche dubiosen Websites von Rechtsextremen (konkret: Störtebeker) heranziehen, die angeblich irgendwann irgendwas verlinkt haben, was von einer Gruppe geschrieben wurde, deren angebliche Nachfolge-Organisation das Dar al Janub sein soll. Diese Argumentationskette scheint auch dem DÖW zu unseriös, weshalb es unserer Ansicht nach auch kein offizielles Statement des DÖWs zu sein scheint.

i. Mit dem Vereinsgesetz scheinen sich die VerfasserInnen des angeblichen DÖW-„Dossiers“ im Übrigen offenbar genauso wenig auszukennen, wie mit ordentlicher und fundierter Recherche. Keine offizielle Stiftung der Republik würde schreiben: „Schon 2003 ließ sich Sedunia im November als Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative ins österreichische Vereinsregister eintragen“. Tatsache ist, dass in der Bundesrepublik Österreich nur real existierende, natürliche oder juristische Personen sich in ein Vereinsregister eintragen lassen, keine losen Initiativen, Gruppen oder sonstige nicht-juristische Personen. Womit die Argumentationskette spätestens an dieser Stelle an den gesetzlichen Tatsachen bricht.

j. Wer oder was war „Sedunia“?

Bezeichnend empfinden wir aber auch, dass VerfasserInnen solcher „Dossiers“ offenbar zwanghaft die Nähe oder gar die unmittelbare Nachfolge von „Sedunia“ und dem Verein Dar al Janub konstruieren möchten. Aus deren Argumentationslogik heraus, verständlich. Da ihre Antisemitismus-Vorwürfe nicht greifen oder auf der Prämisse beruhen, dass Kritik am israelischen Staat oder der Einsatz für die Rechte der PalästinenserInnen antisemitisch sei (15), müssen die VerfasserInnen einen

Faden spinnen. Dabei gereicht es den VerfasserInnen des Papiers zum Vorteil, dass „Sedunia“ nicht mehr existiert und ihre politischen Positionen und der Angriff auf die Kundgebung im Andenken an den Novemberpogrom im Jahr 2003 nicht mehr unabhängig von solchen VerfasserInnen recherchiert werden kann.

Als Verein hatten wir in den Jahren ihrer Existenz mit AktivistInnen von „Sedunia“ Kontakt und zu tun, ebenso wie mit dem damals existierenden und inzwischen aufgelösten „Arabischen Palästina Club“, der „Universalismusgruppe Wien“, so wie wir auch heute mit verschiedenen politischen Gruppierungen und Organisationen Kontakt haben oder punktuell zusammenarbeiten. „Sedunia“ war eine relativ kurzlebige StudentInnengruppe, die sich selbst als „radikal links“, „antiimperialistisch“ und „pro-palästinensisch“ verortete. Gemeinsam mit anderen inzwischen aufgelösten Gruppierungen empörten sich diese AktivistInnen gegen die - damals unter dem Motto „Solidarität mit Israel“ stehende, ihrer Auffassung nach daher die Opfer der Reichspogromnacht instrumentalisierte - Kundgebung. Auf einem inzwischen vom Netz genommenen Videodokument konnte man damals den Verlauf dieses Angriffs erkennen. Während der Kundgebung bogen die AktivistInnen von „Sedunia“ und anderer Gruppierungen um die Ecke und skandierten mit Palästina-Fahnen und Transparenten „Israel, USA, Menschenrechte? Hahaha!“. Aus der Kundgebung heraus schritten sofort KundgebungsteilnehmerInnen heraus, liefen auf die unangemeldete „Gegenkundgebung“ zu, entrissen recht schnell Fahnen, Transparente und den AktivistInnen der „Gegenkundgebung“ die Kuffyas („Palästinensertücher“) vom Hals und schlugen das Megaphon zu Boden. Recht bald schritt die anwesende Polizei dazwischen und beendete die unangemeldete „Gegenkundgebung“. Eine Wiederveröffentlichung des Videomaterials vom Hergang durch die Filmrechte-InhaberInnen (damals von UTV und anderen veröffentlicht) wäre begrüßenswert, da sie zu genauer Untersuchung des Hergangs beitragen könnte.

Wir als Verein (der entgegen der Darstellung der „Dossier“-VerfasserInnen nicht aus „Sedunia“ „hervorgegangen“ ist) lehnten und lehnen diese „Gegenkundgebung“ ab (siehe auch Stellungnahme unter <http://www.dar-al-janub.net/dialogstattausgrenzung.htm>). Wir kritisierten und diskutierten mit AktivistInnen von „Sedunia“ über einen längeren Zeitraum diese Vorgehensweise und konnten manche der damaligen AktivistInnen davon überzeugen, dass die Störung einer Gedenkkundgebung für die Opfer der Reichspogromnacht in jedem Fall falsch war, gleichgültig auf welche vermeintliche oder tatsächliche Instrumentalisierung man mit einer „Gegenkundgebung“ hinzuweisen glaubt. Die überwiegende Mehrzahl der damals handelnden Personen ist unseren Erkenntnissen nach inzwischen ins Privatleben entschwunden und hat damit die politische Verantwortung abgegeben.

Unwahr und verleumderisch ist es jedenfalls zu behaupten, Dar al Janub sei ident mit „Sedunia“, Nachfolge-Organisation von „Sedunia“ oder gar personell mit „Sedunia“ gleichzusetzen.

Nachtrag zum nunmehr veröffentlichten Peham-„Dossier“: Andreas Peham veröffentlicht hier nun endlich das sagenumwobene „Dossier“, das wir als Verein bisher immer nur informell „geleakt“ bekommen haben. Erst aufgrund eines gewissen „öffentlichen Drucks“ via Facebook-KommentatorInnen hat sich Peham offenbar entschieden, das „Dossier“ nun zu publizieren. Immer noch geht nicht klar hervor, ob dieses Pamphlet seine persönlichen Ansichten widerspiegelt oder ob es

tatsächlich auch von der Leitung des DÖW autorisiert ist. Peham schreibt hier auch von einem „Sedunia-Bekennerbrief zum Angriff auf die Gedenkkundgebung“. Wieder wäre es hilfreich und erhellend, wenn dieser offensichtlich von Peham archivierte Brief im Volltext nachzuvollziehen wäre. Peham lässt uns und die aufmerksamen LeserInnen dieses „Dossiers“ im Dunkeln, in welchem genauen Wortlaut „der IKG (etwas) durch die Blume ausgerichtet (wurde)“, welchen drohenden Unterton die Gruppe „Sedunia“ in dem angeblichen „Bekennerschreiben“ abgefasst hatte. Um hier nicht missverstanden zu werden: Wir möchten die aufgelöste Gruppe „Sedunia“ weder in Schutz nehmen, noch ihre Texte und Positionen verteidigen. Da aber Peham in seiner Konstruktionskette diese Gruppe zum Dreh- und Angelpunkt seiner Argumentationen macht, erachten wir es als nur konsequent, wenn Peham die Dokumente im Volltext zugänglich macht. Nur so ist eine Beurteilung seiner Einschätzungen zu dieser Gruppe einer breiteren Öffentlichkeit möglich. Neu ist zudem, dass Peham von „leicht nachzuweisen(den) personellen wie ideologischen Kontinuitäten und Verbindungen zwischen Sedunia und Dar al Janub“ schreibt und als „Nachweis“ nie geleugnete Kooperationen erwähnt, Kooperationen, die seit mehr als eineinhalb Dekaden auch auf unserer Website nachzulesen sind. Peham greift dann die Namen von zwei AktivistInnen unseres Vereins heraus, um in einer Fußnote Zusammenhänge „nachzuweisen“, die – gelinde gesagt – banale Kontaktschuld-Beweise darstellen.

„Verleumdung ist ein Schuldspruch, der in Abwesenheit des Nicht-einmal-Angeklagten hinter verschlossenen Türen, ohne Verteidigungs- und Berufungsrecht, von einem voreingenommenen Richter verkündet wird.“ - Joseph Roux

Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative – Dar al Janub

Wien, Juni/Juli 2018

Fußnoten:

- (1) Nähere Informationen zur FBI-Strategie COINTELPRO: <http://www.mumia.de/doc/background/misc/cointelpro000.html>
- (2) <http://www.dar-al-janub.net/irving%20letters.pdf>
- (3) <http://www.dar-al-janub.net/bernstein%20letter.pdf>
- (4) <http://www.doew.at/neues/hintergrundinformationen-zum-verein-dar-al-janub>
- (5) Ende Mai erschien auf oe24.at und auf der FP-nahen Plattform „unzensuriert.at“ ein „Artikel“, der mit der Schlagzeile „Verein mit Terror-Nähe“ vom Dar al Janub behauptete: a.) das Hamas-Wappen im Logo zu führen, b.) Leila Khaled nach Wien eingeladen zu haben und c.) „extrem antisemitisch“ zu sein. Der Aufforderung per E-Mail eine Gegendarstellung gegen diese offensichtlichen und leicht durch eine simple Recherche zu widerlegenden Verleumdungen zu veröffentlichen, kamen die genannten Websites bis dato nicht nach, löschten aber umgehend die „Artikel“. Dar al Janub leitet aktuell rechtliche Schritte ein. Siehe dazu auch <https://www.facebook.com/notes/verein-dar-al-janub/zur-dokumentation-geforderte-gegendarstellung-zu-wien-f%C3%B6rdert-verein-mit-terror-/1896939536997241/>
- (6) Antideutsche: Mit der vorläufigen Niederlage der Offensivphase der Befreiungskämpfe des globalen Südens und dem Ende des Realsozialismus, insbesondere im Zuge der sogenannten „Wiedervereinigung“ der beiden Deutschländer und der tiefen Krise europäischer Linker, entstand in Deutschland und Österreich aus Teilen der radikalen Restlinken die sogenannte „Antideutsche Ideologie“. Die Befürchtung vor einem erstarkenden deutschen Nationalismus gepaart mit dessen neoimperialen Ambitionen führte zu Kontroversen innerhalb der linken Szene. Die „Analyse“ antideutscher Linker lässt sich als Fußnote grob vereinfacht folgendermaßen skizzieren: Nationalismus sei immer die reaktionäre Tendenz, mit der die herrschenden Klassen auf Krisen reagieren um das Volk vom Klassenkampf abzulenken. Daraus folge im Weiteren, dass das Volk selbst unfähig sei diesen Trick zu durchschauen, auch Befreiungsnationalismen des globalen Südens seien reaktionäre Bewegungen einer nationalen Elite. Dieser reaktionäre Nationalismus sei im marxistischen Sinne nur zu überwinden, wenn der Kapitalismus sein höchstes Stadium erreicht hat und folglich auch im globalen – als rückständig und zurückgeblieben

definierten - Süden seine volle Entfaltung erreicht habe. Die USA als führende kapitalistische Weltmacht habe die Mittel und den historischen Auftrag diese volle Entfaltung militärisch, ökonomisch und sozial durchzusetzen, weshalb die USA bei dieser historischen Mission gegen die „asiatische Despotie“ verteidigt werden müsse. Israel wiederum sei Dank seiner Staatsideologie des Zionismus eine revolutionäre Form der Aufklärung, vergleichbar mit der französischen oder der russischen Oktoberrevolution und zugleich das einzige organisierte Programm bürgerlich-revolutionärer Aufklärung, das in der Gegenwart noch bestehe. Der revolutionäre Doppelcharakter der israelischen Staatlichkeit liege darin, dass er einerseits die Notwehrreaktion auf den Nazifaschismus gewesen sei, andererseits nicht nur der Staat aller Jüdinnen und Juden in Israel sei, sondern auch aller Jüdinnen und Juden außerhalb Israels. Das mache Israel zu einer "demokratische Diktatur" und damit genauso revolutionär wie die UdSSR 1920, der sich als Staat des russischen Proletariats und als Wahrgewordener Staat aller Hoffnungen des Weltproletariats definiert habe. Folglich müsse man mit Israel und jeder israelischen Regierung bedingungslos solidarisch sein. Der Islam hingegen sei reaktionär, anti-israelisch und anti-aufklärerisch, weshalb er bekämpft werden muss.

(7) Vgl. beispielsweise den Artikel in der Wiener Zeitung „Israel-Kritiker sorgt für Aufregung“ vom 24.08.2011, https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtleben/391693_Israel-Kritiker-sorgt-fuer-Aufregung.html Eine selbsterfüllende „Aufregung“, die erst durch diesen Artikel ins Leben gerufen wurde und in deren weiterer Folge laut Angaben verschiedener involvierter Personen aus der Austrian Development Agency (ADA) auch direkte Interventionen des damaligen israelischen Botschafters beim Außenministerium bzw. bei der ADA beinahe für eine Absage des dreitägigen Symposiums sorgten. Der jüngste Interventionsversuch seitens der Generalkonsulin des Staates Israel für Süddeutschland, Sandra Simovich, die einen Vortrag von Ilan Pappé an der Universität Tübingen unterbinden lassen wollte, scheiterte hingegen: <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Konsulin-schrieb-an-Rektor-376918.html>.

(8) Eine Kooperationsveranstaltung mit dem katholischen Afro-Asiatischen Institut in Wien im Spätherbst 2014 rund um unser Entwicklungszusammenarbeits-Projekt „We are Nablus“ und der Abschlussveranstaltung „Reclaiming Palestine“ wurde durch Druck der IKG rückwirkend für nichtig erklärt. Der gesamte E-Mail-Verkehr zwischen AAI, Erzdiözese Wien und Vertretern der IKG sowie die zunehmende Verschärfung des politischen Drucks (bis hin zur Androhung den interreligiösen jüdisch-christlichen Dialog in Österreich zu beenden) liegt dem Dar al Janub vor. Aus rechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung ohne die Zustimmung der beteiligten KorrespondentInnen bis dato leider nicht möglich.

(9) in einem 2012 veröffentlichten Interview findet man beispielsweise noch seinen fälschlich geführten Dokortitel:

<https://www.progress-online.at/artikel/%E2%80%9EEdie-burschenschaften-f%C3%BChren-ein-r%C3%BCckzugsgefecht%E2%80%9C,> gesichtet im Juni 2018.

(10) vgl. <https://bit.ly/2yJdVVY>

(11) vgl. <http://jewishresearch.org/PDFs/marcus-isa2.pdf>

(12) ausführlicher dazu: <https://bit.ly/2JLc9sr>

(13) <https://bit.ly/2yJCrGm>

(14) Vgl. <https://bit.ly/2MyPlo2>

(15) vgl. <https://derstandard.at/2931237/Fast-so-viele-Nahost-Experten-wie-Fussballtrainer>, hier erscheint Andreas Peham noch als Heribert Schiedel